

PRESSEINFORMATION

Marion Schneid MdL
Stellvertretende Vorsitzende
der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

102. Plenarsitzung, Donnerstag, 29. Januar 2026

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 14
Antisemitismus wirksam bekämpfen –
Verantwortung übernehmen - Solidarität leben

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

29.01.2026

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Antisemitismus ist kein Schatten der Vergangenheit, sondern eine reale Bedrohung für unser Zusammenleben heute. Eine Zunahme von Antisemitismus ist spürbar, der 2. Rheinland-Pfalz Monitor vom Oktober 2025 unterstreicht diese Entwicklung.

Wir alle haben rund um den 9. November wieder viele Schulbesuche gemacht und sind mit Jugendlichen unterschiedlichen Alters ins Gespräch gekommen. Ich hatte dieses Jahr noch stärker das Gefühl, dass sich viele Jugendlichen mit unserer Geschichte nicht identifizieren. Der Holocaust sei zu weit weg, sie hätten damit nichts zu tun. Das muss für uns alarmierend sein!

Die zu Beginn des letzten Jahres im Landtag beschlossenen Maßnahmen zur Sensibilisierung in Schule, Hochschule und Gesellschaft sind richtige Schritte, konnten aber bislang wohl keine durchschlagende Wirkung erzielen. Deshalb erneuern wir unsere Forderung, Antisemitismus wirksam zu bekämpfen und das jüdische Leben in Rheinland-Pfalz zu sichern! Es muss ein Klima des Miteinanders geschaffen werden, statt Distanz, Ausgrenzung oder sogar unüberbrückbarer Hass!

Auch im Gespräch mit der jüdischen Gemeinde in Mainz wurde nochmal sehr deutlich, es braucht weitere Anstrengungen, eine klare Haltung, eine Ausweitung von Schulungsangeboten. Es braucht die Unterstützung jüdischer Gemeinden und die Intensivierung des interreligiösen Dialogs!

Antisemitismus ist kein Randphänomen. Er kommt von rechts, von links, aus der Mitte der Gesellschaft – und zunehmend auch aus islamistisch geprägten Milieus. Jeder dieser Formen hat eigene Narrative, Ausdrucksweisen und Zielrichtungen – doch alle haben eines gemeinsam: Sie greifen Menschen an, weil sie Jüdinnen und Juden sind, und stellen unsere demokratischen Grundwerte infrage. Und wir müssen aktiv dagegen angehen!

Die Forschung spielt bei der Bekämpfung von Antisemitismus eine zentrale Rolle. Der Wissenstransfer zwischen Gesellschaft und Wissenschaft muss intensiviert werden. Wir brauchen nicht nur historische Analysen, sondern auch sozialwissenschaftliche und psychologische Studien, die aktuelle Erscheinungsformen erfassen: Fragestellungen wie:

- Wie verbreitet sind antisemitische Stereotype in der Bevölkerung?
- Wie verändern soziale Medien die Dynamik von Hassrede?
- Welche Mechanismen führen dazu, dass antisemitische Mythen immer wieder neu aufleben?

Es braucht Antworten und Maßnahmen! Ein besonderes Augenmerk muss auf der Verzahnung von Antisemitismusforschung und Bildungsarbeit liegen. Forschung muss praktische Wege aufzeigen, wie Prävention, politische Bildung und Medienkompetenz verbessert werden können.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, die diesbezügliche Forschung an unseren Hochschulen zu stärken, insbesondere die Initiative interdisziplinäre Antisemitismusforschung an der Uni Trier, und dass Forschungsergebnisse direkt in Handlungsempfehlungen übersetzt werden.

Wir brauchen entschlossenes Handeln: Im Bereich der Bildung mit Antisemitismusprävention als festen Bestandteil des schulischen und außerschulischen Lernens, im Bereich von Recht und Sicherheit mit klarer Haltung und konsequentem Handeln, im Kontext unserer Verantwortung in der digitalen Welt, aber eben vor allem im Hinblick auf ein gutes Miteinander und friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

Wir wollen ein Rheinland-Pfalz, in dem man sicher und frei miteinander leben kann. Es darf keine Orte geben, an denen jüdisches Leben und die Identität von Menschen jüdischen Glaubens infrage gestellt werden. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Hass, Bedrohungen und Feindseligkeit gegenüber Jüdinnen und Juden.

Letztlich geht es um unsere Gesellschaft, um unsere Werte und um die Glaubhaftigkeit unserer demokratischen Ordnung. Ich freue mich, dass wir diesen Antrag gemeinsam mit den Fraktionen der Ampel auf den Weg bringen.